



HESSISCHER LANDTAG

10.11.2016

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Stellenabbau-Verzicht 2017 bei der Polizei und
Wegfall der kw-Vermerke zum 31.12.2019**

Einzelplan 03 **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel	03 81	Polizeibehörden
	03 15	Regierungspräsidium Gießen
Buchungskreis:	2290	
	2264	

Nummer lt. Leistungsplan diverse

Bezeichnung lt. Leistungsplan diverse

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Stellenplan:

Auf den vorgesehenen Stellenabbau bei der Polizei aus dem Abbauprogramm 2015 bis 2019 mit jährlich 29,5 Stellen soll im Jahr 2017 verzichtet werden. Der Landeshaushalt soll keine Mehrbelastung erfahren, sodass dieser Verzicht einzelplanintern durch Rückgriff auf die derzeit nicht benötigten und gesperrten 130,5 HEAE-Stellen beim Regierungspräsidium Gießen kompensiert werden kann.

Die 29,5 Stellen bei der Polizei für Tarifbeschäftigte mittlerer Dienst sind zu reaktivieren. Um dies zu kompensieren sind im Stellenplan des Regierungspräsidium Gießen folgende Stellen in Abgang zu stellen:

29,5 x Mittlerer Dienst

Bei weiteren 29,5 Stellen im Stellenplan der Polizei sind die kw-Vermerke zum 31.12.2019 zu entfernen.

Begründung des Änderungsantrags:

In Anbetracht der bestehenden terroristischen Bedrohungslage sowie der bestehenden Flüchtlingsthematik wird der Polizeivollzugsdienst personell verstärkt. Der Bereich der Tarifbeschäftigten sowie Fach- und Verwaltungsbeamten hat hingegen keine Aufstockung erfahren.

Gerade dieser Bereich erfährt jedoch durch die Personalverstärkung des Polizeivollzugsdienstes in der administrativen Aufgabenwahrnehmung einen deutlichen Arbeitsanstieg.

Der Bereich der Tarifbeschäftigten und Fach- und Verwaltungsbeamten der Polizei ist gerade dadurch geprägt, dass nicht allein schlichtes Verwaltungshandeln sondern auch in ausgeprägtem Spezialistentum polizeiliche Aufgaben wahrgenommen werden (z.B. in den Bereichen Wirtschaftskriminalität, Kriminaltechnik etc.).

Um den Status quo in den Polizeibehörden zu erhalten, ist es in der Gesamtschau daher geboten, auf den für den Haushalt 2017 vorgesehenen Stellenabbau von 29,5 Stellen zu verzichten und die in 2016 ausgesetzte und auf 2020 verschobene Rate zu reaktivieren.

Wiesbaden,

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)